

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 98. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 7. Juli 2005

1. Abgeordneter
Roger Lewentz (SPD)

Rheinland-Pfalz-Tag 2005 in Bad Ems

Auch in diesem Jahr hat sich das Land auf dem Rheinland-Pfalz-Tag vom 10. bis 12. Juni 2005 in Bad Ems in all seiner Vielfalt präsentiert. Die bekannte Kurstadt an der Lahn hat für dieses Landesfest nicht nur eine perfekte Kulisse geboten, sondern war auch eine hervorragende Gastgeberin. Die Zahl von rund 180 000 Besuchern ist beeindruckend, wie auch Konzeption und Durchführung zu überzeugen wussten. Dies gilt auch für den traditionsreichen Festzug am Veranstaltungssonntag mit über 157 Zugnummern und 3 500 teilnehmenden Personen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Menschen aus dem ganzen Land waren nach Kenntnis der Landesregierung als Mitwirkende und Unterstützer des Landesfestes beteiligt?
2. Wie bewertet die Landesregierung die integrative Wirkung des Landesfestes für die Darstellung des Landes und die Identifikation der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer mit ihrem Land?
3. Wie bewertet die Landesregierung den Werbeeffect für die Region, in der der Rheinland-Pfalz-Tag ausgerichtet wird?
4. Wird die Landesregierung auch für den vom 19. bis 21. Mai 2006 in Speyer stattfindenden Rheinland-Pfalz-Tag an dem bewährten Konzept des Landesfestes grundsätzlich festhalten und damit Überlegungen eine Absage erteilen, die im Vorfeld des Rheinland-Pfalz-Tages in Bad Ems vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Christoph Böhr geäußert worden waren, wonach das „Konzept mit dem Festzug am Sonntagnachmittag“ in seinen Augen nicht mehr geeignet sei, die Menschen aus dem ganzen Land zusammenzuführen und auch die „jeweilige Region nur mäßig von solchen Großereignissen profitiere“?

2. Abgeordnete
Hedi Thelen und
Dr. Josef Rosenbauer
(CDU)

Umsetzung der Hartz-Reformen

Sozialministerin Dreyer hat sich kürzlich für mehr Autonomie und Selbständigkeit für die Arbeitsgemeinschaften aus Arbeitsagenturen und Kommunen und weniger Einfluss der Bundesagentur ausgesprochen, um die Betreuung von ALG-II-Empfängern nach Hartz IV zu verbessern. Darüber hinaus kommt es nicht nur in dieser Hinsicht zu massiven Problemen und Fehlentwicklungen bei der Umsetzung der sog. Hartz-Reformen, deren Ergebnisse nicht im Einklang mit den damit verbundenen Zielen und den gemachten Ankündigungen stehen. Sozialministerin Dreyer hat darauf verwiesen, sich über die Situation in Rheinland-Pfalz informiert zu haben.

Wir fragen die Landesregierung:

1. An welchen prinzipiellen und praktischen Problemen scheitert derzeit die Umsetzung der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV)?
2. Wäre es nicht besser gewesen und warum ist die Landesregierung nicht dafür eingetreten, bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV) auf kommunale Kreativität und Kompetenz zur tatsächlichen und wirksamen Realisierung des Förderungs- und Förderns zu setzen, wie dies auch vorgeschlagen wurde?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Ergebnisse der Hartz-Reformen mit Blick auf die damit verbundene Ankündigung, die Zahl der Arbeitslosen von August 2002 bis Ende 2005 von bundesweit vier auf zwei Millionen zu halbieren, vor dem Hintergrund der tatsächlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz?
4. Welche Elemente der Reformen für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt insgesamt sind auch angesichts der Erkenntnisse und Erfahrungen in Rheinland-Pfalz insbesondere als Fehlschläge anzusehen?

3. Abgeordnete
Friedel Grützmaker
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

NATO-Luftwaffenübung „Clean Hunter“ in Rheinland-Pfalz

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche bewohnten Gebiete in Rheinland-Pfalz sind von der Großübung „Clean Hunter“ 2005 betroffen?
2. In welchem Umfang (Gebiet, Anzahl und Höhe) werden dabei nach Kenntnis der Landesregierung Tiefflugübungen durchgeführt?
3. Mit welchen Lärmbelastungen ist bei dieser Luftwaffenübung zu rechnen?
4. Wann wurde die Landesregierung über diese Großübung informiert?

4. Abgeordnete
Marlies Kohnle-Gros
(CDU)

Kompensation der Kosten für den Besuch von US-Präsident Bush in Mainz

Finanzminister Mittler hat mit Datum vom 27. Juni 2005 (Drucksache 14/4265) den Landtag davon unterrichtet, dass er auf Antrag des Ministeriums des Innern und für Sport seine Einwilligung zur Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe im Haushaltsjahr 2005 bis zu einer Höhe von 1 200 000 Euro bei Kapitel 03 10 (Polizeibehörden), Titel 632 02 (Erstattung von Verwaltungsaufgaben für Polizeieinsätze an andere Länder) erteilt habe. Um Auswirkungen auf die Nettokreditaufnahme im Jahr 2005 zu vermeiden, soll der Betrag bei einer noch zu benennenden Haushaltsstelle im Einzelplan 03 kompensiert werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche weiteren Kosten des Besuchs des US-Präsidenten trägt der Polizeihaushalt, ohne dass eine über- bzw. außerplanmäßige Ausgabe bewilligt worden ist?
2. Zu Lasten welcher Haushaltsstellen sollen die Ausgaben bewältigt werden?

**5. Abgeordneter
Dr. Peter Schmitz (FDP)**

Künftiges Verfahren zur Festsetzung der Rundfunkgebühren

Im Zusammenhang mit der Diskussion um eine Umgestaltung der Rundfunkfinanzierung werden auch verschiedene Vorschläge für ein verändertes Verfahren zur Festsetzung der Rundfunkgebühren erörtert. Diskutiert wird neben einer „Allgemeinen Mediengebühr“ aktuellen Presseberichten zufolge gegenwärtig auch ein „Indexverfahren für die Rundfunkgebühr“ sowie ein Abweichen vom bestehenden Zwang einheitlicher Entscheidungen über alle Länderparlamente hinweg.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie wertet die Landesregierung das Für und Wider der unterschiedlichen Vorschläge für ein verändertes Verfahren zur Festsetzung der Rundfunkgebühren?
2. Wie steht sie insbesondere zu dem von der CDU befürworteten „Indexierungsmodell“, mit dem die Rundfunkgebühren an die Lebenshaltungskosten gekoppelt werden sollen?
3. Wie bewertet sie die verschiedenen Modelle auch unter dem Gesichtspunkt der Zuständigkeit der Landesparlamente für die Festsetzung der Rundfunkgebühren?

**6. Abgeordneter
Nils Wiechmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Informationsfreiheitsgesetz (IFG) – Verhalten der Landesregierung zur Abstimmung im Bundesrat am 8. Juli 2005

Die Bundesrepublik Deutschland hat als einer der letzten westlichen Staaten bislang noch kein Informationsfreiheitsgesetz (IFG). Dieses Gesetz setzt der Korruption mehr Transparenz entgegen. Die Wirksamkeit dieses Konzepts bestätigen neben den Landesbeauftragten für Datenschutz auch Transparency International und zahlreiche andere Nichtregierungsorganisationen (NRO). Dazu hat die rot-grüne Bundesregierung ein Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht, das am 8. Juli im Bundesrat befasst werden wird.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Möglichkeiten, durch ein Informationsfreiheitsgesetz mehr Transparenz für Bürgerinnen und Bürger zu erreichen und die Korruption wirksam einzudämmen?
2. Wie beabsichtigt sich die Landesregierung im Falle der möglichen Abstimmung über eine Ablehnung oder Zustimmung durch den Bundesrat oder bei der möglichen Abstimmung zur Anrufung des Vermittlungsausschusses zu verhalten?
3. Wann beabsichtigt die Landesregierung einen Entwurf für ein Informationsfreiheitsgesetz für das Land Rheinland-Pfalz einzubringen?

**7. Abgeordnete
Carsten Pörksen und
Harald Schweitzer (SPD)**

Vorschriften und Standardabbau

Seit der Einrichtung der Arbeitsgruppe „Verwaltungsvorschriften und Standards“ im Jahr 1997 reduzierte sich durch eine konsequente Überprüfung von Verwaltungsvorschriften und Standards die Gesamtzahl an Verwaltungsvorschriften von 772 auf nunmehr 385. Damit hat Rheinland-Pfalz im Ländervergleich die geringste Zahl an Verwaltungsvorschriften. Gleichzeitig konnten auch Standards angepasst bzw. abgesenkt werden. Insbesondere was die Standards anbelangt, hat die Landesregierung vor wenigen Wochen eine „Sonderprüfung von Verwaltungsvorschriften mit Standards“ vorgenommen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Verwaltungsvorschriften wurden im Rahmen der „Sonderprüfung von Verwaltungsvorschriften mit Standards“ unter Mitwirkung der Ministerien von der Arbeitsgruppe „Verwaltungsvorschriften und Standards“ überprüft?
2. Wie viele Verwaltungsvorschriften und Standards wurden gestrichen, abgesenkt oder modifiziert?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Erfolge des bisherigen Prüfungsverfahrens insbesondere unter den Gesichtspunkten der Deregulierung und Vereinfachung der Rechtsanwendung für den Bürger und die Wirtschaft?
4. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, damit das Land Rheinland-Pfalz auch zukünftig seine Vorreiterrolle bei der Verwaltungsmodernisierung und Deregulierung behaupten kann?

**8. Abgeordnete
Heike Raab (SPD)**

Bilanz des 10-Punkte-Programms: Multimedia in Rheinland-Pfalz

Vor einem Kalenderjahr wurde das Gutachten „Regionen im Wandel – Multimedia in Rheinland-Pfalz“ veröffentlicht und daraus ein 10-Punkte-Programm entwickelt. Darüber hinaus sind zahlreiche Anregungen und Initiativen in den Regionen auf den Multimediaforen entstanden.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Konnten konkrete Zielvorgaben des 10-Punkte-Programms bereits umgesetzt werden und welche sind in Vorbereitung?
2. Wie entwickeln sich die fünf Cluster-Regionen, insbesondere hinsichtlich der Kooperation mit Privaten und den Hochschulen des Landes?
3. Wie verläuft die Umsetzung des 10-Punkte-Programms in den Ressorts; können Beispiele für die multimediale Vernetzung des Landes aufgezeigt werden?

**9. Abgeordneter
Dieter Schmitt (CDU)**

Auswirkungen des OVG-Urteils zum Bau der Westumfahrung Trier (Moselaufstieg)

Das OVG Koblenz hat privaten Klagen gegen die Planfeststellung des so genannten Moselaufstiegs/Westumgehung Trier u. a. mit der Begründung stattgegeben, dass aufgrund der politischen Entscheidung der rot-grünen Bundesregierung und ihrer Bundestagsmehrheit, den Moselaufstieg aus dem vordringlichen Bedarf zu nehmen, nach Auffassung des Gerichtes mit einer Finanzierung und Realisierung in absehbarer Zeit nicht zu rechnen sei.

Diese politische Grundlage der Gerichtsentscheidung könnte bei den geplanten vorgezogenen Bundestagswahlen im Herbst 2005 durch andere parlamentarische Mehrheiten entfallen, sodass der Moselaufstieg die dringend notwendige höhere Priorität erhält, zumal die überwältigende Mehrheit der kommunalen Gremien in der Region Trier die Realisierung dieses elementar wichtigen Verkehrsprojektes seit Jahren fordert.

Vor dem Hintergrund der neuen Situation und somit eines möglichen Wegfalls der Hauptbegründung des OVG-Urteils müssten jetzt alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten genutzt werden, damit dieses Urteil zumindest so lange nicht rechtskräftig wird, bis die neue Bundesregierung/Bundestagsmehrheit erneut über die Prioritäten und die Fortführung des Bundesverkehrswegeplans und damit auch des Moselaufstiegs entschieden hat.

Vor dem Hintergrund der Beantwortung meiner Kleinen Anfrage 2509 (Drucksache 14/4239) und der Aussage, dass die Landesregierung noch prüft, ob Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision, deren Frist am 7. Juli 2005 abläuft, erhoben wird, frage ich die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Auffassung der überwältigenden Mehrheit der kommunalen Gremien in der Region Trier, dass alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten genutzt werden müssen, damit der Moselaufstieg schnellstmöglich gebaut werden kann?
2. Hat die Landesregierung Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision erhoben? Wenn ja, wann und mit welcher Begründung? Wenn nein, bitte Darlegung der Gründe.

**10. Abgeordnete
Christian Baldauf und
Dr. Thomas Gebhart
(CDU)**

Maßnahmen zur Verringerung des Schwerlastdurchgangsverkehrs auf der B 9 südlich von Worms

Die Landesregierung hat zwischen Mainz und Worms die B 9 für den Schwerlastdurchgangsverkehr ab 3,5 Tonnen gesperrt, für den südlichen Teil der B 9 bisher jedoch keine Konzeption vorgelegt oder eine komplette Stellungnahme abgegeben, obwohl der Schwerlastverkehr seit der Mauteinführung zu Beginn des Jahres auch auf diesem Abschnitt der B 9 scheinbar zugenommen hat.

Wir fragen deshalb die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung an welchen Stellen (bspw. Sperrung, Bemaunung, Lärmschutzwände, sonstige Lärmschutzmaßnahmen u. a.) ergreifen, um den Schwerlastdurchgangsverkehr auf der B 9 zu begrenzen?
2. Wann beabsichtigt die Landesregierung welche Maßnahmen zu ergreifen?
3. In welcher Form beabsichtigt die Landesregierung die vor Ergreifung möglicher Maßnahmen notwendige Folgenabschätzung durchzuführen?
4. In welcher Größenordnung hat sich eine Verkehrszunahme auf der B 9 südlich von Worms seit der Bemaunung der Autobahnen eingestellt?

**11. Abgeordnete
Hiltrun Siegrist und
Manfred Nink (SPD)**

Technischer Defekt der S-Bahn im Tunnel vor Neidenfels

Presseberichten zufolge blieb die S-Bahn am 27. Juni 2005 auf der Fahrt von Kaiserslautern nach Neustadt im Tunnel vor Neidenfels mit einem technischen Defekt liegen. Fast drei Stunden lang warteten Angehörige und Fahrgäste an der Strecke auf die Ankunft des Zuges. Sie wurden von Seiten der Bahn nicht über den Vorfall informiert.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über den Vorfall im Tunnel bei Neidenfels?
2. Welches Kommunikationsproblem bestand zwischen der Zugführung, der Bahn AG und den Bahnhöfen?
3. Aus welchen Gründen war es nicht möglich, eine Evakuierung der Zugreisenden in die Wege zu leiten?